

Heute in der Zeitung

Politik

Wer schoss auf die Flüchtlinge?

Deutsche und tschechische Ermittler wollen die Dramen an der Grenze gemeinsam aufklären **SEITE 4**

Proteste in Moskau

Das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte zeigt, wie nervös der Kreml ist. **SEITE 6**



Wirtschaft

Bahn sucht Mitarbeiter

Der Staatskonzern wirbt von Mitte August in 30 Städten auf ungewöhnliche Weise um Bewerber. **SEITE 9**

Nachrüstung für ältere Dieselmotoren

Viele Euro-5-Dieselaautos können jetzt mit neuer Technologie sauberer gemacht werden – aber nicht alle. **SEITE 10**

Kultur

Trendwende im Theater

Intendant Burkhard Kosminski hat das Stuttgarter Schauspiel wieder auf Kurs gebracht. **SEITE 12**

Die Zeit der Wunder ist vorbei

Der Streaming-Wettbewerb wird härter, Netflix leistet sich deshalb einige ungewöhnliche Projekte nicht mehr. **SEITE 13**

Aus aller Welt

Viele Fragen nach Polizistenmord

Ein amerikanischer Tourist hat in Rom einen Carabinieri erstochen. Der Tat ging ein Drogendeal voraus. **SEITE 14**

Stuttgart & Baden-Württemberg

Party, Glitzer und mahnende Worte

200 000 Menschen feiern bei der CSD-Parade. Sie wollen weiter für ihre Rechte kämpfen. **SEITE 16**

Rentner trickst Betrüger aus

Dank der Schauspielkunst eines 81-Jährigen konnten Kriminalbeamte einen Trickdieb festsetzen. **SEITE 17**



Sport

Verstappen siegt im Regen

Max Verstappen hat in Hockenheim gewonnen. In einem turbulenten Rennen wurde Vettel noch Zweiter. **SEITE 23**

Kommentare

Börse Die Stimmung der Anleger ist angesichts niedriger Zinsen gut – wären da nicht die politischen Risiken. **SEITE 9**

Kitas Der neue Einschulungstichtag könnte viele Familien in Schwierigkeiten bringen, meint Inge Jacobs. **SEITE 15**

Rubriken

Familienanzeigen **7** Notfallnummern **18, 19**
Impressum **10** Was Wann Wo **22**
Fernsehprogramm **13**

StZ digital

StZ Plus

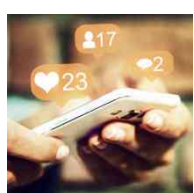
Immer aktuell und früher informiert

Nutzen Sie mit der Webseite und dem digitalen Angebot die gesamte redaktionelle Vielfalt der Stuttgarter Zeitung. www.stuttgarter-zeitung.de/plus

Newsletter des Chefredakteurs

Wichtige Themen auf einen Blick

Montags bis samstags stellen Joachim Dorfs und sein Team die besten Texte zusammen. <http://stzlinx.de/newsletter>



Soziale Netzwerke

Diskutieren Sie mit!

Facebook, Instagram und Whatsapp: Die StZ können Sie auf allen Kanälen abonnieren. <http://stzlinx.de/social>

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

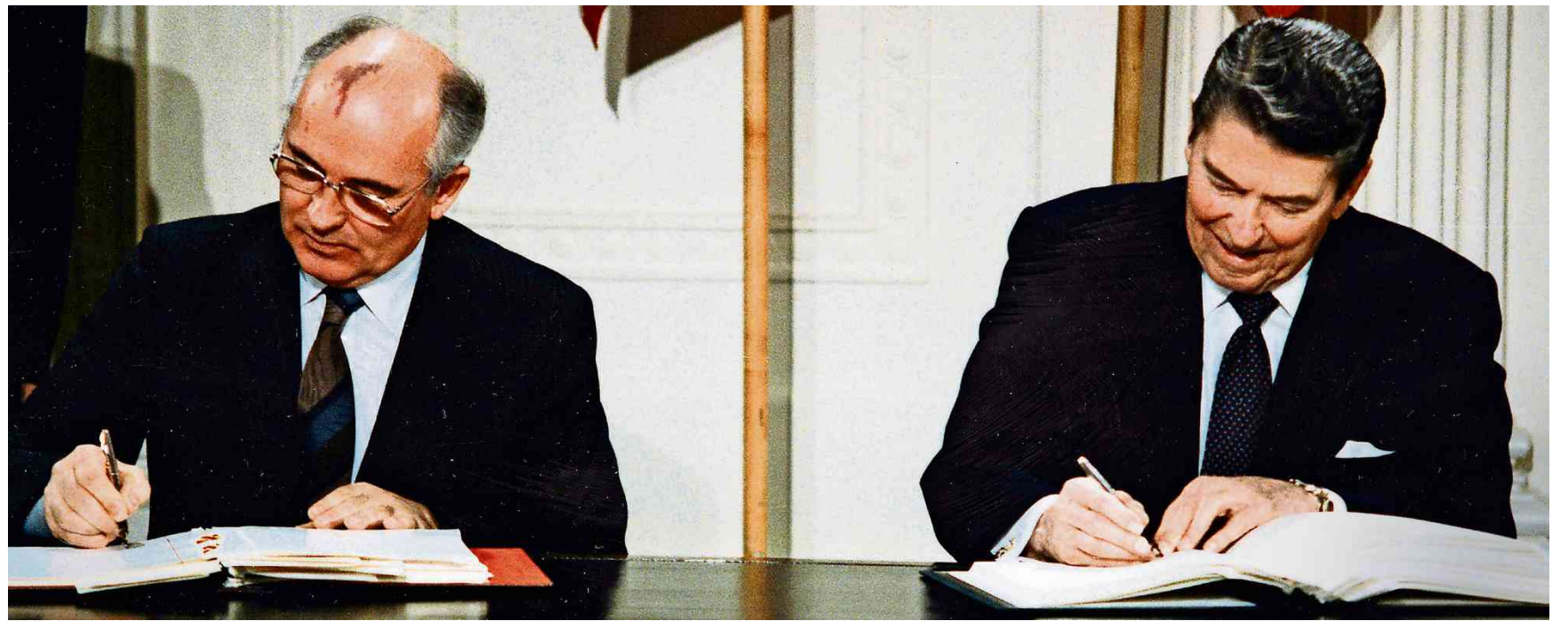
Telefon
Zentrale und Redaktion 0711/72 05-0
Anzeigen 07 11/72 05-21
Leserservice 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement 080 00 14 14 14

Fax
Redaktion 07 11/72 05-12 34
Anzeigen 018 03/08 08 08
Leserservice 07 11/72 05-61 62
*0 18 03: 0,09 Euro/Min.,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen

E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung/Velagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung/Werbemarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung/Werbemarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart



Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnen 1987 den INF-Vertrag.

Fotos: Getty, privat

Rückkehr der Raketen nach Europa

Tagesthema

Sicherheit Der INF-Abrüstungsvertrag garantierte Europa für mehr als 30 Jahre Sicherheit. Nun wollen die USA und Russland das Abkommen beenden. *Von Jan Dörner*

Die Stimmung ist gut im Weißen Haus am 8. Dezember 1987. Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan scherzen miteinander, bevor sie den atomaren Abrüstungsvertrag INF unterzeichnen, mit dem sich beide Seiten zum Verzicht auf landgestützte Mittelstreckenraketen verpflichten. Dann tauschen die Staatschefs unter dem Applaus der Anwesenden ihre Füllfederhalter aus und schütteln sich die Hände. Allen scheint die Bedeutung dieses Moments bewusst: Reagan spricht von einem historischen Abkommen, Gorbatschow sagt: „Wir können stolz darauf sein, dieses Bäumchen zu pflanzen, aus dem eines Tages ein mächtiger Baum des Friedens erwachsen möge.“ Der Baum wölbt sich für mehr als 30 Jahre schützend über Europa. Am kommenden Donnerstag ist der Vertrag aller Voraussicht nach Geschichte.

Schon im Februar haben die USA das Abkommen gekündigt

Das mitten im Kalten Krieg geschlossene Abkommen beendete die Gefahr der in Europa aufeinander gerichteten Raketen der beiden Supermächte: Mit dem Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF) sagten die USA und die Sowjetunion zu, landgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern aus ihren Waffenarsenalen zu verbannen. Nach jahrelanger Angst vor einem Raketenkrieg ging damals ein Aufatmen durch Europa.

Im vergangenen Februar kündigte die US-Regierung das Abkommen jedoch mit Wirkung zum 2. August auf. Sie begründete dies mit dem bereits seit Jahren erhobenen Vorwurf, dass Russland die Vereinbarung breche. Die Führung in Moskau setzte den Vertrag daraufhin ebenfalls aus. Sie weist die Vorwürfe der USA zurück. Zwar räumte Russland 2018 schließ-

lich ein, an einem neuen Raketensystem zu arbeiten, die Reichweite liege aber unter 500 Kilometern.

Die Bundesregierung und andere Partner der USA sehen es jedoch als erwiesen an, dass Russland durch die Herstellung und Stationierung der neuen Mittelstreckenrakete 9M729 – von der Nato SSC-8 genannt – seine Verpflichtungen bricht. „Der INF-Vertrag ist in seiner jetzigen Form obsolet“, sagte der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter unserer Zeitung. „Realität ist, dass Russland über INF-Raketen verfügt und keine Bereitschaft zeigt, diese wieder nachprüfbar abzurufen.“ Die US-Regierung habe zwar eine „voreilige Kündigung“ des historischen Vertrags ausgesprochen, sagte Kiesewetter. „Russland hat aber sehr gezielt auf diese Entwicklung hingearbeitet.“

Erfolgos forderten die Europäische Union und die Nato Russland in den vergangenen Wochen zum Einlenken auf. Die Sicherheit Europas stehe auf dem Spiel, warnte Nato-Ge-

neralsekretär Jens Stoltenberg vor zwei Wochen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das neue russische Raketensystem sei beweglich und einfach zu verstecken. „Städte wie Berlin, Frankfurt und München liegen in seiner Reichweite. Es reduziert die Vorwarnzeit auf Minuten und senkt die Schwelle für einen nuklearen Konflikt.“ Die Nato wolle aber kein neues Wettrüsten und plane daher nicht, wieder Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden zu stationieren, beteuerte Stoltenberg.

Experten befürchten dennoch, dass mit dem Ende des INF-Vertrags die Rückkehr der Raketen nach Europa beginnt. Gerade osteuropäische Länder wie Polen und die baltischen Staaten fühlen sich von Russland bedroht. Als Reaktion auf den Ukraine-Konflikt verstärkte die Nato dort bereits ihre Präsenz. Wenn das INF-Abkommen endgültig in Trümmern liegt, dürften die osteuropäischen Bündnisstaaten auf eine Reaktion dringen. Kiesewetter spricht sich da-

her für Konsultationen im Nato-Russland-Rat aus. „Ziel des Dialogs könnte sein, sich in einem ersten Schritt auf Nichtstationierungszonen mit verbundener Überprüfung zu einigen, damit diese Raketen die Gegenseite nicht erreichen können.“ Allerdings erwartet der CDU-Politiker nicht, dass Zusagen Russlands allein durch Verhandlungen erreicht werden. „Maßvoller Druck auf Russland ist hierfür sinnvoll.“ Dies könne etwa die Stationierung konventioneller Raketensysteme sein, „wenn Russland nicht einlenkt“.

Viele Mittelstreckenraketen stehen im pazifischen Raum

Eine Neuverhandlung des Abkommens gilt als ausgeschlossen. Schließlich hat auch die US-Regierung ein Interesse daran, die Auflagen der Vertrags abzuschütteln. Denn die Welt hat sich seit Ende des Kalten Kriegs verändert: Während der INF-Vertrag nur die USA und Russland bindet, verfügen andere Staaten wie China, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, der Iran und Saudi-Arabien über landgestützte Mittelstreckenraketen. „Das Schwergewicht von Mittelstreckenwaffen befindet sich inzwischen im pazifischen Raum“, sagte der FDP-Außenpolitikexperte Alexander Graf Lambsdorff unserer Zeitung. Er schlägt daher vor, mit den USA und Russland über ein neues Abkommen zu sprechen, das beiden Seiten ein Verbot zur Stationierung solcher Waffen in Europa auferlegt, ihnen die Raketen aber ansonsten erlaubt.

Kiesewetter befürchtet, dass das Ende des INF-Vertrags eine „Renaissance“ der Atomwaffen befördert. „In Russlands Militärdoktrin nehmen Nuklearwaffen eine immer wichtigere Rolle ein.“ Moskau wolle sich so eine „Eskalationsdominanz“ in Europa sichern, sagte der Außenpolitiker. „Der INF-Kollaps ist dabei ein Mosaikstein einer erhöhten Eskalationsgefahr.“

„Vorwärts in die Vergangenheit“

Interview Europa droht ein neues Wettrüsten, sagt Ulrich Kühn, Experte für Sicherheitspolitik. Er fordert eine Doppelstrategie gegenüber Russland.

andererseits Südeuropäer, die Terrorismus, Islamismus und Flüchtlingsbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten als größte Probleme sehen. Diese Trennung in vier Lager wird Europa schwächen und es sowohl Russland als auch den USA einfach machen, die Europäer vor sich herzutreiben.

Und jetzt?

Wir müssen einen schwierigen Spagat hinbekommen zwischen einem ernsthaften Dialogangebot an Russland und der Klarstellung, dass es eine militärische Reaktion geben wird. Das dürfen aber nicht neue Eskalationsspirale ausgelöst werden. Die Nato muss jedoch wichtige Stützpunkte ausbauen, um sie gegen Raketenangriffe zu schützen. Zudem sollten die USA häufiger konventionelle Langstreckenbomber-Verbände nach Europa schicken, um Russland zu signalisieren: Wir haben das Potenzial gegenzuhalten.

Das Gespräch führte Jan Dörner.

als 1000 solcher Mittelstreckenraketen konventioneller Art, da will die US-Seite gegenhalten.

Was bedeutet es für die Sicherheit Europas, wenn Russland und die USA aus dem Vertrag aussteigen? Letztlich heißt das: Vorwärts in die Vergangenheit. Es ist die Rede davon, dass Russland inzwischen bis zu 100 dieser Raketen verfügt, die Nato wird sich das nicht mehr lange anschauen. Die USA beginnen bereits im August mit der Entwicklung neuer Raketen. Spätestens in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres wird es eine ernsthafte Debatte darüber geben, ob und wo diese dann auch in Europa stationiert werden.

Welche Konfliktlinien sehen Sie in Europa?

Es gibt eine Ost-West-Konfliktlinie und eine Nord-Süd-Konfliktlinie. Die osteuropäischen Staaten fühlen sich direkt von Russland bedroht und wünschen sich den Schutz der USA. Auf der anderen Seite gibt es Staaten wie Deutschland, die auf Ausgleich setzen und ein Wettrüsten in Europa verhindern wollen. Die zweite Konfliktlinie betrifft nordeuropäische Länder, die Russland als Hauptausforderung für die Sicherheit des Kontinents wahrnehmen, und



SICHERHEITSEXPERTE

Forscher Dr. Ulrich Kühn ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit zählen Sicherheitsmechanismen zwischen der Nato und Russland, nukleare Abschreckung sowie internationale Sicherheitsinstitutionen. Zuvor war der Politikwissenschaftler unter anderem beim Auswärtigen Amt beschäftigt. *jdö*